

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 18 M., durch Boten bezogen monatlich 20 M., bei Postbezug monatlich 21 M. frei Haus. Gehobelt befristet nachträglich. Einzelnummern 1 M. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 16 604. Geschäftsstelle: Südstraße 4. Für unerbettete Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der halbpaltene Millimeter Spatium 1 M. und der halbpaltene Millimeter Zeilenraum 8 M. Die laufende Monatsrechnung wird vom Bezahler auf seine Anzeigen der letzten Ausgabe mit 400 M. in Zahlung genommen. Hefergebühr 75 Hg. Worts besonders. In der letzten Ausgabe vorabends 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Volk.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 125.

Dienstag, den 30. Mai 1922.

162. Jahrgang

Tageschronik

Der Reichstagsrat hielt gestern im Reichstag die lang erwartete Rede über die Konferenz von Genoa.
Nach in Berliner Regierungskreisen rechnet man vorläufig nicht mit dem Zustandekommen der internationalen Anleihe.
Die Reichsregierung verhandelt nach dem Vorbild des Rapallo-Vertrages mit den anderen Sowjetrepubliken.
Der Reichsrat nahm den deutsch-dänischen Vertrag an.

Verzögerung der internationalen Anleihe.

„Eine Finanzkontrolle unumgänglich notwendig.“
Wie wir hören, vertritt man sogar in Berliner Regierungskreisen die Auffassung, daß mit dem schnellen Zustandekommen der internationalen Anleihe nicht gerechnet werden kann, selbst wenn die Verhandlungen in Paris günstig verlaufen. Nach Abschluß dieser Verhandlungen sind noch bedeutende Schwierigkeiten zu lösen und werden neue Bestimmungen notwendig sein, so daß bis zur endgültigen Gewährung der Anleihe noch Monate vergehen können, wenn sie überhaupt zustande kommt.

Entgegen unserer gestrigen telephonischen Meldung, daß nach einer Mitteilung des „New York Herald“ die amerikanischen und neutralen Bankiers das Verlangen der Reparationskommission nach einer Kontrolle der deutschen Finanzverwaltung mißbilligt hätten, liegt uns heute eine unmittelbare Meldung aus derselben Quelle vor, die besagt, daß die amerikanischen und neutralen Bankiers die von der Reparationskommission verlangte Einleitung einer Finanzkontrolle in Deutschland als unumgänglich notwendig erachtet für das Gelingen der Reparationsanleihe. Diese Feststellung nun die richtige ist, läßt sich zwar mit absoluter Bestimmtheit nicht sagen, jedoch besteht nach der ganzen Sachlage und der verschiedenen Zuverlässigkeit unserer Gewährsmänner die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß auch die Amerikaner angesichts des von ihnen gezielten Zwangsrechts und der Souveränität der Völker — wie sie sie auffassen — zur angeblichen Sicherung ihres eigenen Wohlstandes dem deutschen Volke eine Finanzzwangsmaßnahme anlegen wollen.

Aus Kreisen, die dem amerikanischen Vertreter im Anleihekomitee Morgan nahestehen, will die „Chicago Tribune“ erfahren haben, daß die erste Anleihe, die begeben werden wird, eine Milliarde Dollar betragen soll. Das Anleihekomitee wird aber den Plan für eine Reihe weiterer Anleihen aufstellen, die innerhalb 15 bis 20 Jahren begeben sein werden, falls die erste Anleihe einen Erfolg haben sollte. Auf diese Weise würden die deutschen Kriegsschulden allmählich in Wirtschaftskrediten verwandelt werden.

Der „gute Wille“ fehlt noch immer.

Im die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund.
Den „Times“ zufolge wird in der nächsten Tagung des Völkerverbundes im September die Frage der Zulassung Deutschlands in den Völkerverbund bereits Anfang Mai erörtert. Er dürfte sich zumینen Deutschlands aussprechen, wenn dieses den guten Willen bei der Durchführung der Reparationsverpflichtungen im Mai bekennt.

Französische „Verständigungs“-Vorschläge.

Paris, 30. Mai. Gustavs Herze widmet die letzten Zeilen seiner „Revue“ der Frage, ob eine dauernde Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nach erfolgter „Wlung“ des Wiederentwaffnungsproblems möglich sei. Er behält diese Frage und tritt dafür ein, daß Frankreich nimmer die Hand zur Verhinderung bietet. Die endgültige Wiederherstellung des Friedens in Europa könnte nach seiner Ansicht etwa auf folgenden Grundlage erzielt werden: Frankreich nimmt dem Abschluß Österreichs an Deutschland zu. Es verzichtet auf die Befugnis des Rheingebietes unter der Voraussetzung, daß die Rheinlande innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches autonom werden und militärisch neutralisiert werden. Es stimmt der Rückkehr Grenzverpflichtungen zu. Es tritt dafür ein, daß Danzig mit dem dazugehörigen Gebiet an Deutschland zurückfällt unter der Bedingung, daß Polen einen freien Handel erhält. Frankreich verzichtet auf die Westbegrenzung der Anleihe des Reiches an Deutschland und schließt einen Handels- und Verkehrsvertrag mit Deutschland ab der Grundlage der vollen Gleichberechtigung. Es gibt Deutschland Expo und Kammer zur. Es beantragt Deutschlands sofortige Aufnahme in den Völkerverbund.

Die Gegenleistungen Deutschlands sollen nach Herzes Vorschlag in folgendem bestehen: Die deutsche Wehrmacht

Gedankenamt.

Die Kanzlerrede im Spiegel der Presse.

In der gestrigen Rede des Reichstagsrats im Reichstag über die deutsche Politik in Genoa deren Text unsere Leser in der heutigen Beilage finden, bemängeln die Berliner Blätter, soweit sie den Reichsparteien nahe stehen, vor allem, daß Dr. Brüch sein Wort über den Inhalt der Pariser Verhandlungen von Dr. Herze, teils über die Rückfrage in Paris, teils über die Reparationsnote gesprochen hat. Die „Kreuz-Ztg.“ erklärt: Statt des angelegentlichsten großen politischen Dramas gefüllt es dem Kanzler, eine politische Botschaft aufzuführen, über deren Wichtigkeit weder die gestrige Deklamation, noch der Befehl der Glorreichen, die „Kreuz-Ztg.“ schließt ihre Betrachtung mit folgenden Worten: Wir fürchten, daß es Herrn Brüch für die praktische Politik recht wenig nützen wird, daß er sich reichlich bemüht, dem Beispiel Alfred Georges über Genoa, getreulich nachzuempfinden und sich diesem auf dem Scherbenhaufen der Konferenz nach einem unerschrockenen Gegenstand zu suchen. Der „Berl. Volks-Anz.“ stellt fest, daß Dr. Brüch fast nicht das mindeste gesagt hat, was man nicht von seiner Rede aus schon gewußt hätte. Die „Zeit“ dagegen schreibt: Dem Bericht über die Konferenz in Genoa konnten auch die nicht zur Koalition gehörenden hiesigen Sozialisten vielfach mit Zustimmung entgegennehmen; und wenn auf der äußersten Rechten zu weilen schöne Bursche über unsere Schwäche auf der Genueiser Konferenz laut wurden, so war der Illusionismus diesmal nicht auf Seiten des Kanzlers, sondern auf Seiten der Sozialisten. Der Kanzler konnte aber Genoa nicht Neues sagen, aber er fand einige gute Worte und charakterisierte zurückhaltend, aber doch mit Deutlichkeit.

Die „Germania“ nimmt der Rede in allen Teilen an und schreibt: Der Bericht des Kanzlers über den Verlauf der Konferenz von Genoa befestigte sich mit Erfolg einer Großartigkeit, die sich vor einem Eingehen in Details nicht erheben und dennoch die gesamte Bedeutung dieser Völkerverhandlungen in erster Reihe gerecht wurde und sie umso schärfer hervortreten ließ. — Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt, daß der Kanzler noch härter, als er es tat, die Vermittlerrolle betonen sollte, die auf der Genueiser Konferenz das von der ersten politischen Kommission ausgeschlossene Deutschland schließlich zu übernehmen gezwungen war. Der „Vorwärts“ steht in der feierlicher Erklärung, daß zwischen Deutschland und Ausland kein Geheimkommen besteht, den eigentlichen Hauptvorteil der gestrigen Debatte.

kennt die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch, verurteilt ihn und tadelt die Verletzung der belasteten Neutralität. (!) Sie erkennt die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erfolgten Versämler Entscheidungen an. (!) Sie verpflichtet sich, bis zur Erzeugung der Weltfriedensfähigkeit die Wiederentwaffnung durchzuführen (!). Sie verzichtet dem Rheinlande Autonomie innerhalb der Reichsgrenzen und garantiert ihr militärische Neutralität. Sie annulliert den Rapallo-Vertrag und scheidet Polen und Rumänien militärischen Beistand gegen etwaige Völkerverhandlungen ab.

Handelsvertragsverhandlungen mit den Sowjetrepubliken.

Krafft Vorkäufer in Berlin.

Der „N.-N.“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Reichsregierung mit den der Sowjetrepublik angehörenden übrigen Sowjetrepubliken Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen aufgenommen habe, für die der Rapallo-Vertrag die Grundlage bilden soll. Der Führung der Verhandlung für die Republik Georgien, Alfred Schickel, und des fetten Edmund Hefst, sei der jetzt in Berlin weilende russische Vertreter Stinnow bevollmächtigt. Die Verhandlungen für die Ukraine würden von Rotowitsch geführt.

Wie wir zuverlässig hören, ist Krafft inzwischen zum russischen Vorkäufer in Berlin bestellt worden und hat bei der Berliner Regierung um seine Zulassung nachgehakt.

Man glaubt uns nicht.

London, 30. Mai. Im Unterhaus stellten zwei Abgeordnete über den angeblichen deutsch-russischen Militärvertrag Anträge, von welchem die Presse abstrahiert hatte. Alfred George erklärte, daß man Unterhausungen anstelle, ob ein solcher Vertrag ausgehandelt wurde. Wäher erhielt man aber keine Bestätigung dieser Nachricht. Doch sollte die Angelegenheit nicht aus den Augen verloren werden. — Der Abg. Kennedy bemerkte: Gaben Sie am Donnerstag nicht gesagt, daß ein solches Abkommen nicht bestehe? Alfred George erwiderte: Ich machte eine Anpreisung der Dokumente, die in der Presse veröffentlicht wurden, und erklärte, daß diese Dokumente auf Fälschungen beruhten. — Abg. Ward machte die Bemerkung: Natürlich gibt es eine solche Allianz Alfred George gab feierliche Erklärungen ab!

Der Entwurf der Regierung zur Getreideumlage

liegt dem Reichstage noch nicht vor. Die Redner der verschiedenen Fraktionen nahmen zu ihr nur Stellung gelegentlich des Haushaltes des Landwirtschaftsministeriums. Der Regierungsentwurf ist jedoch den Eingekünderten zur Stellungnahme vorgegangen. Nach ihm bleibt die Zwangsumlage bestehen, mit einer Umfassung von 25 Millionen Tonnen. Den Preis hat der Landwirtschaftsminister nach Anhörung der Ausschüsse des Reichstages und des Reichsrates für Volkswirtschaft festzusetzen. Wenn sich im Laufe des Wirtschaftsjahres ergibt, daß die zuerst festgesetzten Preise nicht mehr angemessen sind, so können sie vom Landwirtschaftsminister nach Anhörung der genannten Ausschüsse für die letzten Ablieferungen geändert werden. Der Minister ist also nicht mehr wie im Vorjahre an die Zustimmung dieser Ausschüsse gebunden. Von der Umlageemenge soll ein Viertel bis zum 15. Oktober, ein zweites Viertel bis zum 15. Dezember 1922 und die verbleibende Hälfte bis zum 28. Februar 1923 aufgebracht werden. Die Verteilung der Umlage auf die Erzeuger soll durch die Kommunalverbände oder Gemeinden unter Einwirkung eines Ausschusses der Erzeuger geschehen. Offenbar soll diese Verteilung der Umlage die Landwirtschaft hinneigen. Bei der Preisbestimmung haben die Landwirte und ihre Organisationen direkt nichts mitzubestimmen. Und die Minderleistung der Getreide ist wie im vorigen Jahre mit Strafen bedroht, welche sogar noch in ihrem Geldbetrage von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht werden. Die Deutsche Nationalistische Volkspartei hat bereits bei der Beratung über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums durch den Abgeordneten Thomßen zu der Zwangsumlage Stellung genommen und zugunsten der Deutschen Volkspartei einen gemeinsamen Antrag gestellt, der die Wiederholung der Zwangsumlage als unumgänglich überhaupt ablehnt.

Die Umlage des vorigen Jahres zu einem festen, nach hinter dem Marktwerte zurückbleibenden Preise, hat die Landwirtschaft mit einer Sondersteuer von viele hundert Millionen belastet. Die Umlage hat das Brot jedoch nicht wesentlich verbilligt gegenüber dem marktreifen Brote. Der Grund dafür liegt in der hohen Vermittlungs- und Aufwandskosten der Zwangsumlage, welche 800 M. für die Zonne ausmachten, und außerdem in den hohen Preisen des von der Regierung angekauften ausländischen Getreides. Wenn die Regierung in den Verhandlungen jetzt anberaht, daß der Preis für das Umgesetzte Getreide durch den Landwirtschaftsminister erhöht werden darf, angesichts der Umlage, welche dem Getreide im vorigen Jahre mit Strafen bedroht, welche sogar noch in ihrem Geldbetrage von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht werden. Die Deutsche Nationalistische Volkspartei hat bereits bei der Beratung über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums durch den Abgeordneten Thomßen zu der Zwangsumlage Stellung genommen und zugunsten der Deutschen Volkspartei einen gemeinsamen Antrag gestellt, der die Wiederholung der Zwangsumlage als unumgänglich überhaupt ablehnt.

Gegenüber dem höchst fraglichen Nutzen der Verbraucher sind die schweren Schäden unerträglich, welche der Landwirtschaft aus der Umlage erwachsen. Bei dem Ungehörigen, ob die von dem Minister mit unbegrenzter Vollmacht vorgenommene Preisbestimmung auch nur der momentanen Steigerung der Produktionskosten gerecht wird, ist kaum zu erwarten, daß der Landwirt das Risiko der Getreidebezugsung in gleichem Maße auf sich nimmt, wie im Vorjahre, gefahrlos denn, daß er die Getreidebezugsung zu vermehren bemüht ist. Durch die Umlage wird also das Risiko der Landwirtschaft an unmöglich gemacht, welches auf die Ernährung unseres Volkes aus eigener Kraft durch Vermehrung der Erzeugung hingiebt. Die Getreidebezugsung wird im Gegenteil voraussichtlich vergrößert werden. Statt wie im Vorjahre 2 Millionen Tonnen Brotgetreide werden dann in diesem Jahre mehr eingeführt werden müssen, was bei dem heutigen Auslandspreise von 16 000 Mark für die Zonne eine Ausgabensumme von mehr als 32 Milliarden an das Ausland ausmacht. Diese ist bei dem paffen Saldo unserer Handelsbilanz absolut unmöglich. Sie kann nur durch Vermehrung der Erzeugung vermieden werden, wofür wie ausgeführt, die Verteilung der Zwangsumlage absolut notwendig ist. Unerträglich ist aber auch, daß die Zwangsbezugsung des Getreides dem Schieberwesen, dem illegalen Handel und aus dem spekulativen Handeln von Börsen Vorstoß leistet, die Unmoral in unserem Volk fördert und ideale Werte vernichtet. Endlich führt die Zwangsumlage zur Verschlechterung innerhalb des Reiches der Landwirtschaft, da eine gerechte Verteilung des Steuerungsrisikos schon auf die einzelnen Kommunalverbände und Bürger nicht möglich ist, und auch ihre Unterstellung auf die einzelnen Erzeuger und Staatsorgane

Die vielen Zeichen von Liebe und Verehrung für unsere teuren Entschlafenen, die Aeußerungen wärmster Anteilnahme an unserem herben Verlust sind so groß gewesen, daß wir nur auf diesem Wege dafür unsere tiefempfundenen Dank aussprechen können.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Pastor Werthor.
Merseburg, den 30. Mai 1922.

Unsere Kassen bleiben **Pfingstsonnabend** den Bestimmungen des Banktarifs gemäß
geschlossen.
Wir bitten daher unsere Kundschaft ihre Dispositionen bis Freitag Mittag zu treffen.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Filiale Merseburg
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft
Filiale Merseburg
Alfred Embruch, Bankgeschäft
Hallescher Bankverein von Kuitisch, Kaempf & Co.
Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
Filiale Merseburg
Kreissparkasse Merseburg
Merseburger Vereinsbank, o. G. m. b. H.
Friedrich Schultze, Bankgeschäft
Städtische Sparkasse.

Rheingold-Brett'l.
Mittwoch, den 31. Mai:
Letzte
Rabarett-Vorstellung.
Wiedereröffnung am 1. September mit großen Ueberraschungen.
Ehren- und Abschieds-Abend
des beliebten Stimmungsmachers
P. aus der Hofmannslohn
unter Mitwirkung erster Kunstkräfte.
Einige recht genauen Stunden versprechend, bittet um Besuch.
Die Direktion.

Familien-Anzeigen
Geboren. Sohn des Otto Roth und Frau, Rudenburg.
Verlobt. Helene Goldschmidt mit Ernst Kohnen. Burkhardtstraße 11, I. mit Bäckermeister Alexander Eggers, Naumburg.
Geboren. Luise Thiele gebor. Altpold, Köhlig, Philipp Bender, 66 J., Naumburg; Heinrich Hermann, Naumburg; Elisabeth Weinreich, 70 Jahr, Stenhal; Hans v. Dillner, 66 J., Naumburg; Alma Mann, Senefeld; Anne Werner, 45 Jahr, Weiskopf; Helene Wöhring, Potsdam.

Ich bin vom 2.-8. Juni einschl. verreist.
Dr. med. Herbert Winkelmann
Facharzt für Lungenerkrankungen
Halle, Ludwig Wechsungenstraße 71, I.
Tel. 4333

Möbel-Hauptmann
Halle a. S. Kleine Ulrichstraße 36

Sammelbogen für Brotmarken
hält wieder auf Lager und sind in jedem Quantum zu beziehen durch die Geschäftsfil. des „Merseburger Tageblatt“ (Kreislatt).

VEREINIGTE THEATER.
Programme von Dienstag bis Donnerstag
Kammer-Lichtspiele
Der Eid des Stephan Muller.
Zweiter Teil:
Gewaltiges ergreifendes Schauspiel in 6 Akten nach dem Roman des bekannten Schriftstellers Felix Holländer.
Der Mord in der Grenzreef!!
Kriminal-Detektiv-Film in 6 Akten mit Lil Dagover.
Spannende und hochinteressante Filme
Anfang 5 Uhr — Sonntag 3 Uhr.

Für die
Badezeit.
Bademützen
Badetücher
Badeanzüge
für Mädchen — Damen — Herren,
Badehosen
für Kinder — Herren, in großer Auswahl und guter Qualität
G. Hoffmann
Inh. B. Taitza —: Markt 19.

Für die heißen Tage!
Leichte Hochsommerstoffe
in grossen Sortimenten.
Fertige Hochsommerbekleidung
für Herren, Damen und Kinder
zu noch sehr billigen Preisen infolge frühzeitiger Abschlüsse bei
Otto Dobkowitz, Merseburg.

Kleinkunst-Bühne
Neues Schützenhaus 111, Tel. 292
Täglich abends 8 Uhr
Sonntags nachmittags 3 und abends 8 Uhr
Das große Fest-Programm.
Unsere arbeitslosen Kinder- und Jugendkassen.
Kasse, verteil. an: G. Hoffmann, S. C.

Stadttheater Halle.
Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr
Alt-Heidelberg.
Mittwoch, abds. 7 1/2 Uhr
Zimmermann.
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr
Der Obersteiger.
Freitag, abds. 7 1/2 Uhr
Rheingold.
Samstag, abds. 7 1/2 Uhr
Orlando furioso.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr
Vollvorstellung
Spanische Flegel.
Sonntag, abds. 7 1/2 Uhr
Rigoletto.
Montag, nachm. 3 1/2 Uhr
Alt-Heidelberg.
Montag, abds. 7 1/2 Uhr
Der Obersteiger.

Achtung!
Gelegenheitskäufe in sehr neuen und gebr. Herren-, Burischen, Schloßer- u. Dress- u. Militär-gebr. schwarze, Pflor-, Wangelier-, Dress- u. Arbeits- sowie Militär-Gewehr, Schilde u. Wäsche aller Art
Sportartikel, Sternwagen, 2 bei
Köppe, Leipzig.
Bei größeren Einkäufen vergütet ev. Fahrgeld.
Händler u. Wiederverkäufer Vorzugspreis.

Kirschen-Verpachtung.
Der diesjährige Kirschen-Anhang der Gemeinde Graau soll am Freitag, den 2. Juni 1922, nachmittags 3 Uhr, in Handelsers Gasthof meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden. Bedingungen im Termin.
Graau, d. 29. Mai 1922
Der Gemeindevorstand.

1 tut not;
man sehe seine Kammerkammer nach und verkaufe sie überflüssigen und wertlos gewordenen Sachen. Sie erhalten —
bares Geld
wenn Sie Ihre Rohprodukte wie: Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Alt-Metall usw.
nur Große Sixtistr. 11
bringen.
Aug. Ackermann.

Zigaretten für Händler u. Gastwirte
Grosse Vorräte zu alten Preisen.
Großhandlung D. Glaser,
Leipzig, Neumarkt 12. Tel. 28049.

Preiswerte
Reform-Hosen
für Damen und Mädchen, d.-blau, Sommer-Dual, in allen Größen
M. Henckel, Merseburg,
Deigruhe 28.

Tüchtiger ordnungsliebender
Hausburche
sofort gesucht.
Merseburger Tageblatt.

KABEL U. METALL KOMMANDIT GESELLSCHAFT
Wir kaufen Kabel
in allen Querschnitten und Ausführungen mit Zink-, Alum. und Kupferleiter auch beschädigt, sowie Erdkabel neu, ausgegraben und noch verlegt.
BERLIN N 37 ANKLAMERSTR. 33
TELEFON: HILFSDIENST 5000 TELEGR. KABELMETALL

Billige Möbel!
Moderne Küchen, Kleiderchränke, Vertikos, Tische, Stühle, Chaiselongues, Flurgedröben, Tisch- und Stoff-Sofas, Kommoden, einfach und einfach, Vertikalen mit guten Matratzen sowie alle Arten Kleinföbel verkauft noch billig
Otto Thormann, Halle a. G.,
Bräuerstraße 14.

Einen Posten
Schaukelstühle
(Weide)
5-600 Stk. roh gefascht gibt ab
Otto Untermann
Großenhäuser in Eßl.

Patent-Sackaufhalter „Ruck-Zuck“
(D. R. P.)
für jeden Landwirt, Getreide, Kartoffel, Fournage usw. Dänischer gewaltiger Ersparnis an Arbeitskraft. Einzelne Bezirksvertretungen noch zu vergeben.
Generalvertretung: **Gr. Salze, Leipzig, Gertr. 4.**

Jung, kaufm. Angest. l. per sofort **Zimmer** zu mieten. Beste Angest. ev. u. K. O. 488 a. d. Exp. d. Blattes.

Rinder zum Hüben-zerlegen
frisch
Rittergut Blösien.
Biegen stehen täglich ab Dienstag, den 30. Mai, 7 Uhr früh, an der „Grünen Linde“.

Landwirte und Rittergüter
welche gelassen sind, Gemüße anzubauen, wollen sich bitte mit uns in Verbindung setzen.
Konferenz-Jahrbuch Kay & Ewerth Lieferanten
Leipzig-Südwestfeld.

Zwei möblierte **Zimmer**
in Rodgolegenheit gesucht.
Offert. u. T. P. 486 an die Exped. d. Blattes.

Ein gut **Zimmer**
möbl. oder später gefastet
Offerten unt. J. 1. 485 an die Exped. d. Bl.

Wirk über die Konferenz von Genua. Beginn der Debatte im Reichstag.

Berlin, 29. Mai 1922.

Die heutige Sitzung, deren Beginn um eine Stunde hinausgeschoben worden ist, setzt die an großen Tagen übliche harte Debatte des Saales und der Tribünen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2,15 Uhr und erteilt sofort dem Reichstagspräsident das Wort. Reichstagspräsident Dr. Winterhagen eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Konferenz von Genua.

Der Reichstagspräsident Dr. Winterhagen weist zunächst auf seine Mitteilungen über Genua im Ausschuss hin. Er hebt die Wichtigkeit der Konferenz von Genua hervor und weist auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Durchführung des Abkommens zu erwarten sind.

Die wichtigsten Fragen sind gerade diejenigen, die auf der Konferenz nicht offiziell behandelt worden sind, vor allem die Reparationsfrage, die heute zu einer europäischen Frage geworden ist.

Trotz aller Einseitigkeiten hat die Genuakonferenz einen großen Fortschritt gebracht.

Der große Fortschritt liegt schon darin, daß wir zum erstenmal auf einer Konferenz der Regierungen als gleichberechtigt erschienen sind. (Sehr richtig.) Es geht nicht um die Feststellung dieser wichtigen Tatsache, sondern um die Festlegung der Weisheit. In vielen nicht-offiziellen Unterredungen mit fremden Staatsmännern ist auch das Reparationsproblem erörtert worden.

Es hatte sich aber eine Union der einladenden Mächte gebildet, die ohne uns mit Rußland verhandelte und uns dadurch zwang.

Wichtigste unsere Fragen mit Rußland zu vereinigen. Der Rapallovertrag war nicht ein Schritt der deutschen Politik, sondern er ist ein schiefes, aufschreiendes Friedensdokument, das gegen keinen anderen Staat seine Spitze richtet. (Sehr richtig.) Der Vertrag ist die Fortsetzung der Politik am 8. Mai 1921 zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Vereinbarungen.

Der Sohn des Millionärs. Roman von Florence Warden.

46. Er sah ihn zu neu an, daß er entsetzt war. 'Lassen Sie uns darüber sprechen,' sagte er plötzlich, während er ihr einen Stuhl in einer Ecke des Salons zurechtstülpte. Sie waren noch immer allein; und es war nicht wahrscheinlich, daß jemand ihr Zwiespräch hören würde.

Deutschland war nur genötigt, eine andere Regelung mit Rußland zu finden. Lloyd George hat in einer Rede den Rapallovertrag einen Fehler und Irrtum Deutschlands genannt, aber er hat hinzugefügt, daß die in Deutschland und Rußland erregte Stimmung dazu führen würde. Wenn aber liegt der Irrtum bei denen, die eine solche Stimmung durch ihre Verhandlungen herauf erregt haben.

Das ist kein Gottesfriede, der allen Völkern den Frieden bringt, Deutschland aber weiteren Sanktionen aussetzt. In der Rapallofrage müssen wir endlich herauskommen aus der Politik der Termine, bei der wir immer vor dem Damoklesschwert zittern müssen. Die Politik der Termine ist ein Irrweg, den wir verlassen müssen.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Burgel als Hebel der Veräufert Vertrag ist. Der Inhalt des deutsch-russischen Separatabkommens hat seine Ursache darin, daß in Genua selbst gegen den Geist von Genua verfahren wurde.

Abg. Marx (D): Der beschriebene Fortschritt in Genua hätte nicht erreicht werden können ohne die Koalitionspolitik. (Sehr richtig.) Was ist die Politik der Koalition aus dem Stand an Italien an und gewöhnlich besonders dankbar des lebhaftesten Interesses, daß der Papst an einem friedensfördernden Erfolg der Konferenz in Genua genommen hat.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Abg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm gestrichen wurde.

Der Streik in Süddeutschland.

Wenn es auch gelungen ist, den Ausbruch der Metallarbeiter in Bayern durch gegenseitige Verhinderung zu vermeiden, so hat er andererseits dafür in anderen Teilen Süddeutschlands neue Ausbreitung gewonnen. In Osnabrück, Düssel, Berlin und 46.000 Metallarbeiter angeschlossen worden, weil die Gewerkschaften die Einigungsabstände der Arbeitgeberverbände ablehnten. Ursprünglich drehte sich der Streik darum, daß die Arbeitgeber jede weitere Lohnsteigerung abhängig machten, daß der Metallarbeiter durchgängig durchgeföhrt werde. Die Arbeitgeber sollte künftig nicht mehr als, sondern 48 Stunden in der Woche betragen. Das lehnten die Gewerkschaften ab, zumal die Mehrheit der Metallarbeiter bei der Urabstimmung sich für die Befreiung der 48-stündigen Wochenarbeitszeit erklärte.

Politische Rundschau. Regierung, Hilfswert, Umlage.

Die Aufsicht des Reichsfinanzministeriums an den Reichslandbank wendet sich gegen den Einbruch, als ob der Reichsverband der Bauernschaft die Hemmung der Bauernschaft in dieser Hinsicht beabsichtigt, also nicht wegzugehen sind, müssen sich Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis ausgleichen lassen. Der Streik in Süddeutschland ist ein Schulbeispiel dafür, daß ein geordnetes Schlichtungsverfahren den Parteien der Wirtschaft zuwenden kann und muß. Das ist nicht mehr nur eine der unmittelbaren Beteiligten, sondern des ganzen Volkes.

'Ihr Herr Vater und Ihre Schwester haben mich vorhin auf die 'Gedanken' aufmerksam gemacht, die mit dem Ausbruch verknüpft sind. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, worin sie bestehen sollen. Wohl - ich bin bereit, sie auf mich zu nehmen. Und wenn auch Sie dazu bereit sind, so wollen wir morgen das Kalnis beenden. Wir können, wenn wir einen danken Tag miteinander allein sind, uns dieser neuen neuen - wenn wir uns in Berlin nicht bereits genügend kennen gelernt haben - und wir werden leben, ob wir zueinander passen oder nicht.'

